

# Editorial

Autor(en): **[s.n.]**

Objektyp: **Preface**

Zeitschrift: **Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik**

Band (Jahr): **27 (2007)**

Heft 52

PDF erstellt am: **04.03.2021**

## **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

## **Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*  
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, [www.library.ethz.ch](http://www.library.ethz.ch)

<http://www.e-periodica.ch>

## Editorial

Das erste Millennium-Entwicklungsziel der G8-Staaten bleibt zwar die Bekämpfung von Armut und Hunger, aber auf dem G8-Gipfel Anfang Juni in Heiligendamm standen unter dem Motto „Wachstum und Verantwortung“ vor allem die „Investitionsfreiheit“ im Mittelpunkt, die Öffnung der Güter- und Dienstleistungsmärkte, die Liberalisierung der Finanzmärkte. Die Tatsachen, dass in den Ländern des Südens die Einkommens- und Vermögensverteilung immer ungerechter wird, dass laut FAO jährlich 10 Millionen den Hungertod erleiden, dass Millionen von Menschen arbeitslos werden und verarmen, werden von der herrschenden Elite der G8-Staaten verdrängt.

Auch in den Industriestaaten des Nordens wächst die Kluft zwischen Arm und Reich. So kommt der SonntagsBlick (1. Juli 2007) nicht umhin zu konstatieren, dass sich in der Schweiz „die Schere zwischen ganz oben – die 200 400 Dollar-Millionäre – und denen ganz unten öffnet“. Tatsächlich wälzt die neoliberale Strategie die Arbeits- und Lebensverhältnisse um und treibt den Umbau der sozialen Sicherungssysteme voran. „Prekarität ist überall“, schrieb Pierre Bourdieu bereits 1998 in einem Beitrag zur Arbeitslosenbewegung in Frankreich; es beginne die Herrschaft einer „permanenten Unsicherheit“, die die Arbeitnehmenden zwingt, ihre Ausbeutung sowie die Arbeitsplatzvernichtung hinzunehmen. Arg in Misskredit geraten ist inzwischen ebenfalls die Meritokratie: Entlohnt wird immer weniger nach Leistung, wie die Hungerlöhne im Niedriglohnsektor zeigen – ganz zu schweigen von den exorbitanten Managersalären. Und angeschlagen ist der seit Jahrzehnten ausgehandelte Klassenkompromiss, der Modus, auf dem die Regulierung von Kapital- und Arbeitsmarkt und die Sozialtransfers basiert, ohne alle Formen der Lohnarbeit zu erfassen. Die Fragmentierung der Gesellschaft, soziale Spaltungen, Ausgrenzungen und fremdenfeindliche Tendenzen zerstören mehr und mehr jeglichen Gemeinsinn und stärken die partikulären Interessen.

Vor diesem Hintergrund sind die derzeitigen Debatten über „Neue Klassengesellschaft“, „Neue Unterschicht“ und „Angst der Mittelschichten“ nicht erstaunlich. Sie werfen Fragen nach Ungleichheit und Ungerechtigkeit auf, sie erfordern kritische Gesellschaftsanalyse und neue Konzeptionen von Klassen sowie von Geschlechterungleichheiten. Und sie reaktualisieren die Frage, wie und in welchem Ausmass das Bildungssystem soziale Ungleichheiten und Spaltungen reproduziert und Ausgrenzungen normalisiert.

Die Kontroversen über das Grundeinkommen und den Mindestlohn, über Streiks und soziale Kämpfe sind bei aller Gegensätzlichkeit der Positionen und Perspektiven immer auch Standortbestimmungen, die zur weiteren Konkretisierung einer Politik der sozialen Gerechtigkeit dringlicher denn je sind.

1. Juli 2007

Die Redaktion